

# LAND TAGS KURIER



Seite 6:  
Parlament beschließt  
Doppelhaushalt für  
2021/2022



Seite 18:  
Verfassungsmedaille an  
sieben Persönlichkeiten  
verliehen



Seite 22:  
Neue Geschichtsserie:  
Ministerpräsidenten  
1919 bis 1933

Ausgabe  
3.21



**Sächsischer Landtag**



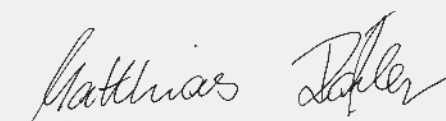
Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

es kommt im Sächsischen Landtag selten vor, dass die Länge eines Tages nicht ausreicht, um ein einziges Gesetz zu beraten. Im Mai war es aber wieder einmal so weit. Auf der Tagesordnung stand das Haushaltsgesetz für den Freistaat Sachsen. Inklusiv aller Änderungsanträge dauerte die Debatte 1628 Minuten, was in etwa der Länge von 17 Krimifolgen Tatort entspricht. So endete der erste Sitzungstag dann auch zu später Nachtstunde, nämlich um 0.55 Uhr, und wurde am darauffolgenden Morgen fortgesetzt. Alle Anstrengungen haben sich gelohnt, die Staatsregierung kann nun auf der Grundlage des beschlossenen Gesetzes ihre politischen Ziele in Angriff nehmen. Der Landtagskurier informiert über die zurückliegenden Sitzungstage und liefert einen Hintergrund mit den aktuellen Zahlen zum Landeshaushalt.

In den Beratungen wurde zudem deutlich, dass es einem Balanceakt aus Sparen und Investieren gleicht, verantwortungsvoll mit den zur Verfügung stehenden Geldmitteln umzugehen. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nach über einem Jahr Pandemie sind getrübt, erst in den kommenden Monaten dürfte eine spürbare Erholung einsetzen. Ohne Neuverschuldung kommt der Haushalt unter den aktuellen Vorgaben also nicht aus. Dank einer soliden Finanzpolitik in früheren Jahren steht der Freistaat trotz steigender Verbindlichkeiten vergleichsweise gut da. Jeder zusätzlich geliehene Euro bedeutet aber auch zusätzlichen Ballast, der wieder getilgt werden muss, wenn man in die Zukunft investieren möchte.

An der Zukunft orientiert sich auch unsere Sächsische Verfassungsmedaille, mit der ich vor Kurzem sieben verdiente Persönlichkeiten ausgezeichnet habe. Die Ehrung würdigt Vorbilder in unterschiedlichen Bereichen unserer Gesellschaft, die sich in besonderer Weise um die freiheitliche demokratische Entwicklung im Freistaat Sachsen verdient gemacht haben. Sie ist eine Anerkennung für großartige Leistungen und gleichzeitig eine Einladung an die kommende Generation, weiterhin die Werte unserer Verfassung mit Leben zu füllen.

  
Dr. Matthias Rößler  
Präsident des Sächsischen Landtags

## PLENUM

28. Sitzung des Sächsischen Landtags <b>Ja oder Nein zur Bundesnotbremse?</b> AfD warnt vor massivem Verlust föderaler Zuständigkeiten .....	4
29. Sitzung des Sächsischen Landtags <b>Perspektiven für den Sommer</b> Staatsregierung sieht Fortschritte beim Impfen und weitere Entspannung .....	5
30. Sitzung des Sächsischen Landtags <b>Ein Haushalt mit großen Zielen</b> Koalition hebt Investitionen hervor, Opposition kritisiert falsche Schwerpunkte .....	6
<b>Hintergrundinformationen zum Doppelhaushalt 2021/2022</b> .....	8
29. Sitzung des Sächsischen Landtags <b>Energieträger mit Klimaschutzfaktor</b> Wasserstoff soll Sachsens Weg zur Energiewende unterstützen .....	10
29. Sitzung des Sächsischen Landtags <b>Schwierige Zeiten für Sachsens Schüler</b> AfD-Fraktion sieht gravierende Versäumnisse während der Pandemie .....	11
31. Sitzung des Sächsischen Landtags <b>Was kommt nach dem Haustierboom?</b> DIE LINKE sorgt sich um das Tierwohl während und nach der Pandemie .....	12
31. Sitzung des Sächsischen Landtags <b>Verpasste Chancen aufholen</b> Kinder und Jugendliche sollen einen unbeschwerten Sommer erleben .....	13
31. Sitzung des Sächsischen Landtags <b>Mehr Mitsprache in den Betrieben</b> Sachsen holt beim Anteil von Betriebsräten auf .....	14

## PARLAMENT

<b>Lobbyregister auf Landesebene?</b> Wunsch nach transparenten Regeln für Interessengruppen .....	15
<b>Laufende Gesetzgebung</b> .....	16

## AKTUELLES

<b>Gelebte Verfassungswerte mit langer Tradition</b> Landtagspräsident ehrt Frauen und Männer mit der Sächsischen Verfassungsmedaille .....	18
<b>Frankenberg packt's an</b> Stadt richtet »Tag der Sachsen« im Jahr 2022 aus .....	20
<b>Mit dem Landtag durchs Schuljahr</b> Schülerkalender 2021/2022 ist erschienen .....	21

## GESCHICHTE

<b>Georg Gradnauer – Demokratielehrer ohne Mandat</b> Ministerpräsidenten und Landtag in der Zeit von 1919 bis 1933 (Teil 1) .....	22
---	----

## SERVICE

<b>Weitere Informationen des Sächsischen Landtags</b> .....	24
---	----

# Neuer Doppelhaushalt für Sachsen

Foto: O. Killig

// Der Sächsische Landtag kam am 20. April 2021 zu einer außerplanmäßigen Sondersitzung zusammen, um über ein Bundesgesetz zum Infektionsschutz zu debattieren. Den neuen Landeshaushalt für Sachsen verabschiedete das Parlament am 20. Mai 2021, mehrere Monate später als ursprünglich geplant. Der Beschluss für die Jahre 2021 und 2022 sieht Rekordausgaben in Höhe von 43 Milliarden Euro und neue Schulden von 2,2 Milliarden Euro vor. Vor dem Haushaltsbeschluss befasste sich der Landtag am 18. Mai 2021 mit dem Bericht der Staatsregierung zur Corona-Pandemie. //



Foto: S. Floss

28. Sitzung des Sächsischen Landtags

*Dr. Daniel Thieme*

# Ja oder Nein zur Bundesnotbremse?

AfD warnt vor massivem Verlust föderaler Zuständigkeiten

// Auf Antrag der AfD-Fraktion debattierte der Sächsische Landtag am 20. April 2021 in einer eigens einberufenen Sitzung zum Thema »Föderalismus erhalten – Nein zum Verlust der Länderkompetenzen durch das Infektionsschutzgesetz«. Den Hintergrund der Debatte bildete ein in den Deutschen Bundestag eingebrachter Gesetzentwurf zu bundeseinheitlichen Corona-Schutzmaßnahmen. //

## Richtige Balance finden

Auf die genannten Ausgangssperren kam auch Dirk Panter, SPD, zu sprechen. Nach den bisherigen Erfahrungen seien sie zwar notwendig, aber bei Weitem nicht ausreichend, um eine Pandemie in den Griff zu bekommen. Zur Bewältigung dieser Krise brauche es konsequentes und stringentes Handeln. Eine kluge Änderung des Infektionsschutzgesetzes könne dazu beitragen, wohlwissend, dass man föderale Kompetenzen und bundeseinheitliche Regelungen gegeneinander abwägen müsse.

## Inzidenzwert nicht aussagekräftig

Jörg Urban, AfD, kritisierte, das geplante Vierte Bevölkerungsschutzgesetz sei ohne Nutzen. Vielmehr entziehe es vielen Menschen einen Teil ihrer Grundrechte und greife in bisher nie da gewesener Weise in die Kompetenzen der Länder ein. Es schade der Wirtschaft und vergrößere Bildungsdefizite bei Kindern. Fragwürdig sei zudem die alleinige Orientierung am Inzidenzwert. Aus diesen Gründen müsse die sächsische Regierung das Gesetz im Bundesrat ablehnen.

Alexander Dierks, CDU, warf Urban anschließend vor, bewusst die mehr als 8500 Corona-Toten in Sachsen zu vergessen. Über das Vierte Bevölkerungsschutzgesetz müsse indes kritisch diskutiert werden. Priorität hätten die Arbeitsfähigkeit der Volkswirtschaft und das Bildungswesen. Bisherige Anstrengungen bei der Hygiene und dem Impfen in diesen Bereichen müssten stärker berücksichtigt werden. Auch die Belegung der Krankenhausbetten spiele eine entscheidende Rolle.

## Gesetzgebung zu langsam

Die AfD verteidige die Grundrechte immer dann, wenn es ihr passe, so Rico Gebhardt, DIE LINKE. Das Vierte Bevölkerungsschutzgesetz gefährde nicht den Föderalismus, vielmehr komme es einfach zu spät. So schnell, wie sich die Inzidenzzahlen entwickelten, sei das Gesetz wirkungslos. Von den Lockdown-Maßnahmen blieben große Industrieunternehmen weitgehend verschont, während pausenlos ins Privatleben oder in einzelne Branchen eingegriffen werde.

Dieser Antrag leiste keinen Beitrag zur Lösung der schwierigen Situation, befand Franziska Schubert, BÜNDNISGRÜNE. Wichtig sei jetzt die Absenkung der Infektionszahlen mit wirkungsvollen, gerechten und rechtssicheren Maßnahmen. Die geplante Notbremse verfolge diese Absicht, setze sie allerdings schlecht um. So blieben rechtliche Fragen unbeantwortet, insbesondere bei den nächtlichen Ausgangssperren. Die Bestimmungen zu Kontaktbeschränkungen seien lebensfremd formuliert.

Die aktuelle Situation erfordere ein verantwortungsvolles Handeln und keine Polemik, appellierte Staatsminister Oliver Schenk, CDU. Die Staatsregierung begrüße den Versuch einer einheitlichen Antwort auf das Infektionsgeschehen. Jedoch sei dem Entwurf anzumerken, dass er nicht von jenen geschrieben worden sei, die sich in den letzten 13 Monaten um die Pandemiebekämpfung vor Ort gekümmert hätten. In Sachsen habe man längst erkannt, dass es nicht ausreiche, allein den Inzidenzwert zu betrachten.

MELDUNG

Die Abgeordneten WOLFRAM KEIL und CHRISTOPHER HAHN sind aus der AfD-Fraktion ausgetreten. Als Fraktionslose steht ihnen weiterhin Redezeit in den Plenarsitzungen zu.

# Perspektiven für den Sommer

Staatsregierung sieht Fortschritte beim Impfen und weitere Entspannung

29. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Im zweiten Tagesordnungspunkt der 29. Sitzung des 7. Sächsischen Landtags am 18. Mai 2021 berichtete die Staatsregierung über die aktuelle Pandemie-Situation in Sachsen. Seit Längerem geht die Zahl der Neuinfektionen mit dem Coronavirus zurück. //

## Impfungen wirken

Die Lage in Sachsen entspanne sich zusehends, bekundete Sozialministerin Petra Köpping, SPD. Lediglich regional seien die Inzidenzzahlen noch hoch und die Krankenhausauslastungen angespannt. Zunehmend spüre man den positiven Effekt des Impfens. Einen großen Anteil an diesem Erfolg hätten neben den Impfzentren auch die Hausärzte, denen Köpping ausdrücklich dankte. Gegenwärtig erhielten pro Woche 230 000 Menschen in Sachsen eine Corona-Impfung.

Der Ruin Zehntausender Betriebe sei das Ergebnis einer desaströsen Corona-Politik, warf Jörg Urban, AfD, der Staatsregierung vor. Andere Länder hätten gezeigt, dass man Covid-19 auch ohne Lockdown eindämmen könne. Verheerend falle aktuell auch die Bilanz am Arbeitsmarkt aus, 160 000 Beschäftigte erhielten noch immer Kurzarbeitergeld. Leiden müssten auch Kinder und Jugendliche. Der unregelmäßige, schlecht strukturierte Schulunterricht zementiere Bildungsdefizite.

// Petra Köpping // Foto: S. Floss

## Fehler ansprechen

Die AfD verhalte sich in dieser Pandemie destruktiv und feindselig gegenüber konstruktiven Lösungen, entgegnete Alexander Dierks, CDU, seinem Vorredner. Es sei aus seiner Sicht unstrittig, dass man nach über einem Jahr Pandemie auch über mögliche Fehler sprechen müsse. Das ständige Aufzählen vermeintlicher Fehlleistungen sei jedoch verantwortungslos. Die AfD habe ein Problem damit, dass man jetzt die Perspektive auf einen normalen Sommer sehe.

Das Ende der Pandemie bedeute auch, dass die Aufarbeitung von Versäumnissen erst beginne, so Susanne Schaper, DIE LINKE. In den vergangenen 14 Monaten sei deutlich geworden, welche soziale Spaltung die Gesellschaft bereits erreicht habe. Geringverdiener hätten häufiger Einkommenseinbußen hinnehmen müssen. Es stelle sich auch die Frage, warum Großkonzerne bei den Einschränkungen stets außen vor gelassen wurden, während Kitas und Schulen mehrfach schließen mussten.

## Perspektiven absichern

Corona habe der Gesellschaft einiges abverlangt, befand auch Lucie Hammecke, BÜNDNISGRÜNE. Einschränkungen habe man einseitig, hauptsächlich in bestimmten Bereichen wie dem Einzelhandel, in der Kultur- und Veranstaltungsbranche oder im Privaten, wahrgenommen. Für eine verlässliche Perspektive mit niedrigen Inzidenzen müsse man die Strategie des Testens, Nachverfolgens und Isolierens weiter ausbauen und die Möglichkeiten der Digitalisierung stärker ausschöpfen.

Die im Bundestag Ende April beschlossene Notbremse sowie die Corona-Schutzimpfungen wirkten sich spürbar auf das Abflauen der dritten Infektionswelle in Sachsen aus, so Simone Lang, SPD. Nicht alle Maßnahmen seien auf eine breite Unterstützung gestoßen, dennoch müsse die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger stets Vorrang haben. Kritik an der Politik sei legitim, kontroverse Debatten halte eine Demokratie aus. Die Proteste dürften aber keinesfalls mit Gewalt einhergehen.





30. Sitzung des Sächsischen Landtags

Dr. Daniel Thieme

# Ein Haushalt mit großen Zielen

Koalition hebt Investitionen hervor, Opposition kritisiert falsche Schwerpunkte

## Ministerpräsident: Solider Haushalt mit Kompromissen

In diesem Haushalt gehe es um die Gestaltung der Zukunft, bekräftigte zu Beginn Ministerpräsident Michael Kretschmer, CDU. Dies sei in Anbetracht der aktuell schwierigen Situation eine Herausforderung und bedeute eine Konzentration auf die wirklich notwendigen Dinge. Ohne neue Schulden hätten die Gelder nicht ausgereicht, um unter anderem die Impfbauten aufzubauen, Unternehmen zu

// Am 20. Mai 2021 verabschiedete der Sächsische Landtag mit den Stimmen der Koalition den Doppelhaushalt für die Jahre 2021 und 2022. Trotz der durch die Corona-Pandemie wirtschaftlich schwierigen Situation des Freistaates ist ein Gesamtvolumen von rund 43 Milliarden Euro vorgesehen. Der Landtagskurier dokumentiert die Generaldebatte vom 19. Mai 2021. //

unterstützen oder soziale und kulturelle Einrichtungen zu fördern. Man müsse nun weiter klug investieren, etwa bei der Krankenhausplanung oder der Ausstattung des Gesundheitssystems bis in die ländlichen Regionen hinein. Ohne den Einsatz des Innenministeriums, etwa bei der Beschaffung von

Schutzgütern, wäre der Kampf gegen die Pandemie nicht möglich gewesen, lobte Kretschmer. Im Hinblick auf die Themen Klimaschutz und Strukturwandel betonte er, dass der Braunkohlkompromiss Planungssicherheit bedeute und die bereitgestellten Gelder eine große Chance für Sachsen böten.

## AfD: Klimaprojekte der Regierung sind unnötig

Der vorliegende Haushaltsentwurf sei ein Verrat an den sächsischen Wählern, entgegnete Jörg Urban, AfD, scharf. Die Regierung wolle zukünftig noch mehr zusätzliches Personal einstellen, obgleich allein in den zurückliegenden vier Jahren bereits 6 000 neue Stellen geschaffen wurden. Verschwendetes Steuergeld seien auch die mehr als 100 Millionen Euro für verschiedene Klimaprojekte. Angesichts des Kohleausstiegs

// Christian Hartmann

// Jörg Urban

// Rico Gebhardt

// Franziska Schubert

// Dirk Panter



bleibe die Kernenergie weiterhin eine kostengünstige und grundlastfähige Alternative. Seine Fraktion, so Urban, lege den Schwerpunkt ihrer Änderungsanträge zum Haushalt auf eine familienfreundliche Politik. Dazu zählten ein Baby-Begrüßungsgeld sowie Bau-Kinder-geld. Ein Landespflegeförder-geld solle mehr Bedürftigen die Pflege in den eigenen vier Wänden ermöglichen, zusätzliche Mittel müssten ebenso für Investitionen in Kindertageseinrichtungen fließen. Man fordere zudem, zusätzliche Ausbildungsplätze bei der Polizei aufzubauen.

### CDU: Schwerpunkte setzen bei Bildung und Investitionen

Der vorliegende Haushalt sei unter Pandemiebedingungen entstanden, zeige allerdings auch einen Weg aus der Krise, stellte Christian Hartmann, CDU, heraus. Der Freistaat habe in den vergangenen 14 Monaten erhebliche zusätzliche Aufgaben geschultert, um einerseits der Wirtschaft zu helfen und andererseits die soziale und kulturelle Infrastruktur unseres Landes zu erhalten. Gleichzeitig erhielten damals die Kommunen 622 Millionen Euro zur Sicherung der Liquidität der Gemeinden und als Steuereinnahmenersatz. Der nun vorgelegte Haushalt sei kein Sparhaushalt, vielmehr lege er auch dieses Mal wieder ein großes Gewicht auf Investitionen. Man fördere innovative Ideen und Ansätze, und das nicht nur in der Industrie oder Forschung, sondern auch in der Kultur und im Tourismus. Ein besonderes Gewicht liege einmal mehr auf der Bildung, die fast ein Drittel des Gesamthaushaltsvolumens und damit insgesamt mehr als 14 Milliarden Euro umfasse.

Fotos: O. Killig

### DIE LINKE: Haushalt fehlt der Weitblick

Rico Gebhardt, DIE LINKE, merkte an, dass mit dem Haushaltsentwurf unbeantwortet bleibe, welche Ziele die Koalition für das Land habe. So sehe er weder, dass die Regierung in das Zeitalter der Digitalisierung aufbreche, noch vorhabe, aus Sachsen ein Bildungsland zu machen. Ein Land des sozialen Zusammenhalts, das mehr sei als ein Begriff im Titel des Ministeriums, könne er ebenfalls nicht erkennen. Vielmehr bleibe der Eindruck von einem Doppelhaushalt, der nur Löcher flicke. Eine Politik mit Weitsicht fehle hingegen. Seine Fraktion, so Gebhardt, fordere einen Sozialausgleichsfonds mit insgesamt einer Milliarde Euro. Der Fonds solle Ausgleichszahlungen für Menschen ermöglichen, die von der Corona-Pandemie hart getroffen wurden. Man schlage weiterhin vor, dem Pflegepersonal einen Corona-Bonus in Höhe von 1.500 Euro auszuzahlen. Helfen müsse man auch den stark armutsgefährdeten Alleinerziehenden.

### BÜNDNISGRÜNE: Kehrtwende an wichtigen Stellen

Mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf habe man die Voraussetzung für wichtige und grundlegende Kehrtwenden in der sächsischen Politik geschafft, unterstrich Franziska Schubert, BÜNDNISGRÜNE. Beispiele da-



»Wir wollen das Machbare tun, und wir sind bereit, auch dafür Verantwortung zu übernehmen.«

30. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Michael Kretschmer

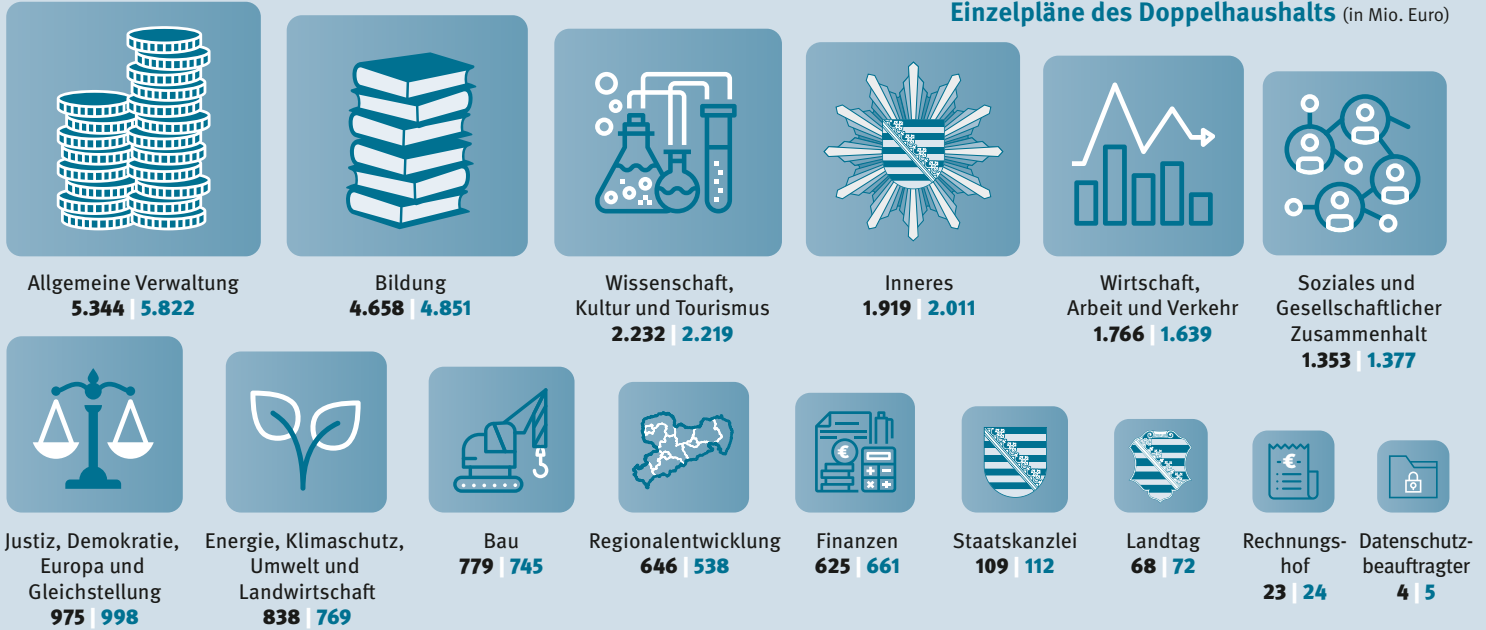
für seien die Einrichtung des Sächsischen Klimafonds, erstmalig ein Landesnaturschutzprogramm, Perspektiven für eine Reaktivierung von Bahnstrecken und die Stärkung einer aktiven Zivilgesellschaft, etwa über die Jugendpauschale, die Demokratieförderung oder Bürgerbeteiligung. Der Haushalt stelle zudem Gelder für Aufgaben zur Verfügung, die seit Jahren, teils Jahrzehnten, darauf warteten, beachtet und gelöst zu werden; im Kulturbereich beispielsweise durch eine Aufstockung der Mittel oder bei den Hochschulen durch eine neugeregelte Finanzierung. Besonders der gesellschaftliche Zusammenhalt trage dieses Land, jeder Cent in diesem Bereich sei daher gut investiert.

### SPD: Starke Förderung für soziale Projekte

Dirk Panter, SPD, betonte, die Ausgangsbedingungen für diesen Haushalt seien gänzlich andere als jene vor zweieinhalb Jahren. Corona habe fast alles durcheinandergewirbelt. Dennoch sei etwas Entscheidendes gleich geblieben, denn das Ausgabevolumen sei gegenüber 2018 unverändert. Das Haushaltsgesetz stärke umfangreich die soziale Landschaft in Sachsen. Erfolgreiche Programme, wie das »Weltoffene Sachsen«, seien künftig noch besser ausgestattet. An anderer Stelle verbessere man die Rahmenbedingungen für die Jugendarbeit. Das neue Projekt »Soziale Orte« schaffe in vielen Gemeinden Begegnungsorte, die bisher dort fehlten. Mit dem Haushaltsbeschluss weite man zudem das PlusBus- und das TaktBus-System aus, setze das Azubi- und Freiwilligenticket fort und schaffe ein dazu noch neues Bildungsticket. Für den Schulhausbau stünden 197 Millionen Euro, und damit deutlich mehr als geplant, an Landesmitteln zur Verfügung.



Einzelpläne des Doppelhaushalts (in Mio. Euro)



Datenquelle: Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

# Hintergrundinformationen zum Doppelhaushalt 2021/2022

Der neue sächsische Doppelhaushalt für dieses und nächstes Jahr umfasst ein Rekordvolumen in Höhe von über 43 Milliarden Euro. Die Ausgaben liegen im Jahr 2021 bei 21,3 Milliarden Euro und damit leicht unter dem Niveau von 2020. Für 2022 steht mit 21,8 Milliarden Euro mehr Geld zur Verfügung.

Aufgrund des wirtschaftlichen Einbruchs in der Corona-Pandemie fehlen Sachsen wichtige Steuereinnahmen. Um die

// Der Landtag hat auf seiner 30. Sitzung am 20. Mai 2021 den neuen Landesetat für die Jahre 2021 und 2022 beschlossen. Trotz einer insgesamt schwierigen wirtschaftlichen Situation ist es der größte Doppelhaushalt in der Landtagsgeschichte. //

Ausgaben dennoch zu ermöglichen, nimmt der Freistaat in diesem und im kommenden Jahr neue Schulden im Umfang von 2,2 Milliarden Euro auf.

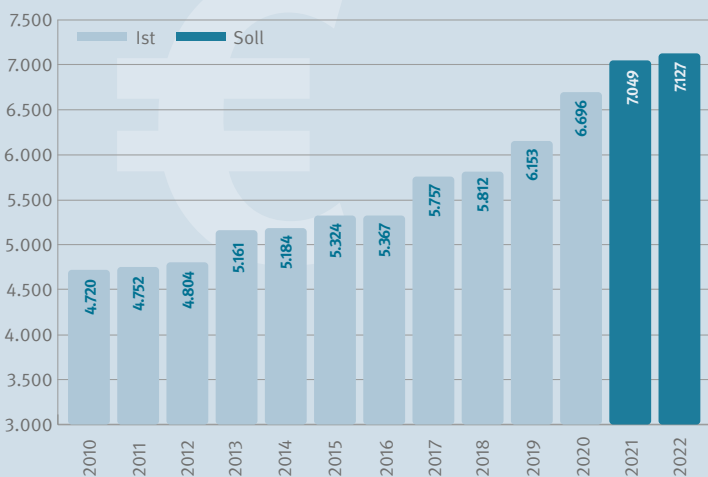
Das meiste Geld fließt in Bildung und Forschung. Für 2021 und 2022 sind insgesamt

14,2 Milliarden Euro, und damit ein Drittel der Gesamtausgaben, eingeplant. Finanziert werden damit unter anderem das Handlungsprogramm zur Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer, Schulassistenten, Zuschüsse für freie Schulen und

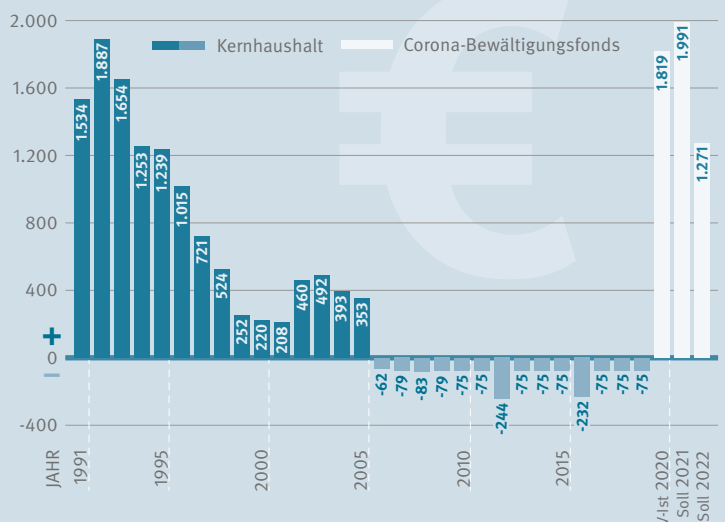
Kindertagesstätten sowie Hochschulen und Wissenschaft.

Einen Schwerpunkt des Haushaltes bilden die kommunalen Zuweisungen. An die Städte, Gemeinden und Landkreise fließen 7,3 Milliarden Euro. Für den öffentlichen Nahverkehr sind 1,5 Milliarden Euro vorgesehen. 15,1 Prozent der Haushaltsmittel werden in diesem Jahr für Investitionen ausgegeben, im kommenden Jahr sind es 14,4 Prozent.

Ausgaben für Bildung und Forschung (in Mio. Euro)



Entwicklung der Neuverschuldung (in Mio. Euro)





# Erneuerbare Energien, Herausforderungen für Schüler, Tierschutz in Not



// Staatsminister Martin Dulig und  
Thomas Schmidt im Gespräch // Foto: O. Killig

// Mehrere Aktuelle Debatten standen auf den Tagesordnungen der Plenarsitzungen am 18. und 21. Mai 2021. Darin ging es unter anderem um die zukünftige Nutzung von Wasserstoff sowie die coronabedingten zeitweiligen Schulschließungen. Das Parlament debattierte zudem über die schwierige Lage der Tierheime, die Situation junger Menschen vor den Sommerferien sowie die Arbeit der Gewerkschaften in Sachsen. //

Dr. Daniel Thieme

# Energieträger mit Klimaschutzfaktor

Wasserstoff soll Sachsens Weg zur Energiewende unterstützen

29. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Die erste Aktuelle Debatte am 18. Mai befasste sich mit dem Thema »Mit Wasserstoff in die Zukunft – Bahn, Busse, Ver- und Entsorgungsfahrzeuge fahren künftig umweltfreundlich«. Der Antrag stammte von der CDU-Fraktion. //

## Vernetzung ausbauen

Wasserstoff sei für die Zukunft des Freistaates Sachsen enorm wichtig, so Andreas Nowak, CDU. London, Oslo oder das Kanton Aargau zeigten, dass er längst auf der Straße angekommen sei. In Sachsen fehle es noch an Infrastruktur, Fahrzeugen sowie an einer gewissen Vernetzung der Akteure. Man wolle unter anderem zukünftig besser erfassen, welche Infrastruktur schon vorhanden sei, wie sie mit wenig Aufwand verdichtet werden könne und wo mehr investiert werden müsse.

Es habe durchaus Sinn, Wasserstoff als Energieträger zu erforschen, betonte auch Jan-Oliver Zwerg, AfD. Statt ihn allerdings aus den Stromüberschüssen der Windräder und Fotovoltaik-Anlagen herzustellen, ließe er sich wesentlich günstiger mit Strom aus Kernkraftwerken realisieren. Nicht zufriedenstellend sei bisher der höhere Stromverbrauch bei seiner Erzeugung gegenüber der direkten Stromnutzung. Man werde daher noch eine ganze Weile auf Dieseltechnik angewiesen sein.

## Energiepolitik gescheitert

Marco Böhme, DIE LINKE, hob hervor, dass man zuerst ausreichend erneuerbare Energien bräuchte, damit Fahrzeuge mit Wasserstoff unterwegs sein könnten. Nur dann wirke er wirklich umwelt- oder klimafreundlich. Bisher stammten 90 Prozent des verfügbaren Wasserstoffs aus fossilen Energiequellen, man tanke also faktisch das Kohlekraftwerk in das Auto hinein. Beim Ausbau der erneuerbaren Energien in Sachsen habe die CDU indes kläglich versagt, ebenso beim Thema Mobilität.

Man müsse genau überlegen, wo man Wasserstoff einsetze, erklärte Gerhard Liebscher, BÜNDNISGRÜNE. Er sehe vor allem in der chemischen und auch in der Halbleiterindustrie größere Bedarfe. Im Verkehrsbereich brauche es dagegen zunächst einmal strukturelle Veränderungen. Man dürfe die Verkehrswende nicht durch die Illusion des »Weiter so mit Wasserstoff!« verzögern. Wasserstoff sei schlicht zu wertvoll für den Einsatz im Straßenverkehr.

## Potenziale ausschöpfen

Für Henning Homann, SPD, spielt Wasserstoff in der Klimaschutzpolitik eine zentrale Rolle. Der Energieträger berge für Sachsen enorme Zukunftschancen. Eine Studie zu Wertschöpfungspotenzialen habe gezeigt, dass bis zum Jahr 2030 4800 Arbeitsplätze mit einem Jahresumsatz von 1,7 Milliarden Euro entstehen könnten. Schließlich gehe es bei Wasserstoff auch um die Frage, wie sich Klimaschutz, ökonomischer Erfolg und soziale Sicherheit miteinander vereinbaren ließen.

Eine breite Einführung von Wasserstoff stehe bevor, verkündete Staatsminister Martin Dulig, SPD. Von hohem Interesse sei vor allem die industrielle Anwendung, da diese durch die CO<sub>2</sub>-Bepreisung unter hohem wirtschaftlichen Druck stehe. Aber auch in der Mobilität werde der Bedarf an Wasserstoff mittelfristig stark steigen. Mit einer zunehmenden Zahl an Fahrzeugen würden nicht nur die Anschaffungskosten sinken, sondern auch der Preis für die Betankung.

Foto: S. Floss





Foto: S. Floss

# Schwierige Zeiten für Sachsens Schüler

AfD-Fraktion sieht gravierende Versäumnisse während der Pandemie

29. Sitzung des Sächsischen Landtags

Dr. Daniel Thieme

// In der zweiten Aktuellen Debatte der 29. Sitzung befasste sich der Sächsische Landtag mit einem Antrag der AfD-Fraktion zum Thema »Bildungsdesaster in Sachsen«. Coronabedingte Schließungen und Distanzunterricht haben im zurückliegenden Jahr dem Bildungsbereich zugesetzt. //

## Misstände beheben

Die Schulschließungen aufgrund der Bundesnotbremse seien eine Katastrophe, so Dr. Rolf Weigand, AfD. Darauf folge aktuell das nächste Desaster, nach dem es nicht mehr möglich sei, Kinder zu Hause zu testen. Ein Problem stellten auch der ausgefallene Schulsport und fehlende Schwimmunterricht dar. Kinder im Alter von zehn bis zwölf hätten bis zu 50 Prozent weniger Bewegung. Hinzu kämen steigende Sprachdefizite und fehlende Entwicklungsgespräche.

Der Debattentitel sei an Unverschämtheit kaum zu überbieten, machte Holger Gasse, CDU, seinem Ärger Luft. Weigand negiere die Testmöglichkeiten und schüchtere Lehrpersonal und Eltern mit Unterstellungen ein. Außerdem ignoriere er sämtliche Anstrengungen des Freistaates Sachsen. Die Schulen blieben so lange wie möglich offen und kehrten so früh wie möglich zum Präsenzunterricht zurück, Abschlussklassen würden bevorzugt berücksichtigt.

## Emotionale Stärke fördern

Aktuell wisse man noch nicht, wie groß die Bildungsdefizite tatsächlich seien, so Luise Neuhaus-Wartenberg, DIE LINKE. Es gehe aber nicht nur um das Aufholen von Lernrückständen, sondern auch um den Aufbau von Resilienz. Sie könne den Wunsch nach einem normalen Sommer verstehen, doch für Jugendliche und Kinder gebe es keine kurzfristigen Lösungen, auch, weil für sie bisher ein zugelassener Impfstoff fehle.

Für ihre Fraktion sei Chancengerechtigkeit ein zentraler Gradmesser guter Bildung, hob Christin Melcher, BÜNDNISGRÜNE, an. Distanzunterricht habe insbesondere die Leistungsschwachen hart getroffen. Man wolle daher die Schulsozialarbeit, aber auch die Schulen mit besonderen Bedarfen stärker unterstützen. Ferner investiere der Freistaat in die digitale Infrastruktur der Schulen, indem er Lehrer-Laptops kofinanzieren.

## Neue Wege finden

Sabine Friedel, SPD, erinnerte daran, dass die von der AfD benannten Probleme nicht neu seien. Seit einem Jahr lerne man, mit der Pandemiesituation umzugehen. Berufsorientierung könne es in virtueller Weise geben, wenn keine Praktika möglich seien. Soziale Kompetenzen würden während der Präsenzphasen an der Schule vermittelt. Im Bereich der digitalen Bildung habe man große Fortschritte gemacht.

Sachsen hätte die Bundesnotbremse nicht gebraucht, bekräftigte Kultusminister Christian Piwarz, CDU. Für die nächste Corona-Schutz-Verordnung denke man darüber nach, den Wechselunterricht an weiterführenden Schulen aufzuheben. Jetzt gehe es darum, sich individuell auf die Kinder und Jugendlichen einzustellen und Rückstände im emotionalen Bereich sowie beim Wissen aufzuholen. Das kommende Schuljahr bringe eine größere Flexibilität, um gezielt daran zu arbeiten.



Dr. Daniel Thieme

# Was kommt nach dem Haustierboom?

DIE LINKE sorgt sich um das Tierwohl während und nach der Pandemie

// Die 31. Sitzung des 7. Sächsischen Landtags am 21. Mai 2021 begann mit einer Aktuellen Debatte von der Fraktion DIE LINKE. Sie lautete: »Tierschutz ist Erziehung zur Menschlichkeit – in und nach der Corona-Pandemie!«. Befürchtet wird, dass die aktuell große Haustiernachfrage dazu führt, dass mittelfristig wieder mehr Tiere ausgesetzt oder zurückgebracht werden. //

für Träger und einen einmaligen Zuschuss von 7.500 Euro gegeben. In Sachsen sei man dabei, die Tierheimfinanzierung grundsätzlich neu zu regeln. Der beschlossene Haushalt erhöhe die Zuschüsse von 350.000 Euro auf 670.000 Euro, um damit Personalkosten durch den Freistaat zu finanzieren.

## Tierheime unterfinanziert

Tierschutz sei in Sachsen ein Verfassungsziel, dem man in den vergangenen Jahren aber nicht ausreichend nachgekommen sei, eröffnete Susanne Schaper, DIE LINKE, die Debatte. Sie vermute, dass nach dem Ende der Corona-Maßnahmen die Tierheime mit einer Flut wieder abgegebener Tiere konfrontiert würden. In ihrem aktuellen Zustand dürfe man bezweifeln, dass die Tierschutzeinrichtungen damit fertigwürden, da durch die Pandemie unter anderem Spenden fehlten.

Die Coronakrise habe einen regelrechten Haustierboom ausgelöst, stimmte Ines Saborowski, CDU, zu. Nicht nur Tierheime, auch Züchter seien förmlich ausgebucht. Doch die hohe Nachfrage habe ihre Schattenseiten. Bedenklich seien beispielsweise die illegalen Tiertransporte aus osteuropäischen Staaten. Die Tiere kämen unter schlechten Bedingungen und ohne Schutzimpfung nach Deutschland. Außerdem stammten sie oft aus Massenvermehrungen und würden Gendefekte übertragen.

// Susanne Schaper

## Sachlicher Umgang

Die Gesellschaft brauche ein geschärftes Bewusstsein für den Tierschutz, aber auch eine pragmatische und differenzierte Debatte, so Thomas Prantl, AfD. Mehr Tierschutz funktioniere nicht durch praxisferne Wunschvorstellungen. Man müsse die Anliegen der Tierproduktion ernst nehmen. Schließlich kümmern sich vor allem die hart arbeitenden Bauern und Tierhalter um die Bewahrung der sächsischen Kulturlandschaften und nicht Naturschützer oder grüne Idealisten.

In der aktuellen Lage sei die finanzielle Unterstützung für Tierheime besonders wichtig, betonte Lucie Hammecke, BÜNDNIS-GRÜNE. Daher habe es Überbrückungshilfen



## Kontrollen ausbauen

Zu oft werde vergessen, dass Tiere nicht Mittel zum Zweck, sondern Lebewesen mit eigenen Bedürfnissen seien, stellte Simone Lang, SPD, klar. Die Frage des Tierwohls stelle sich aber auch in der Landwirtschaft. Ihr Umbau sei ein sehr langwieriger Prozess, den der Verbraucher im Kleinen mitgestalten könne. Wichtig sei hierfür die konsequente Einhaltung und Kontrolle tierschutzrechtlicher Vorgaben. Das Personal müsse dafür gestärkt und aufgestockt werden.

Sozialministerin Petra Köpping, SPD, mahnte, dass günstige Tierangebote, etwa von Hunden, im Internet täuschten. Quarantänekosten, Tierarztkosten, Heilbehandlungen oder auch Impfungen würden allesamt nicht einkalkuliert. Dies führe dazu, dass Menschen tatsächlich ihr Tier abgeben oder aussetzen würden. Dagegen könne man aber etwas tun, beispielsweise ein Hundetraining absolvieren, eine Welpen-Spielstunde aufsuchen oder eine Patenschaft für die Zeit eines Urlaubs abschließen.



31. Sitzung des Sächsischen Landtags

Dr. Daniel Thieme

// Kathleen Kuhfuß // Fotos: O. Killig

# Verpasste Chancen aufholen

Kinder und Jugendliche sollen einen unbeschwernten Sommer erleben

// Die zweite Aktuelle Debatte der 31. Sitzung des Sächsischen Landtags, beantragt von der Fraktion BÜNDNISGRÜNE, befasste sich mit dem Thema: »Sommerpakt für Kinder und Jugendliche in der Krise – damit junge Menschen nicht nur aufholen, sondern sich auch erholen können«. //

## Angebote schaffen

Schutz- und Entwicklungsrechte von Kindern und Jugendlichen benötigten gerade jetzt Aufmerksamkeit, so Kathleen Kuhfuß, BÜNDNISGRÜNE. Man müsse Möglichkeiten schaffen, damit fehlende Erfahrungen, Fähigkeiten und Kompetenzen aktiv nachgeholt werden könnten. Ganz konkret fordere man einen Sommerpakt mit Ferienlagern, klaren Perspektiven für die Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit, leicht zugängliche Outdoor-Aktivitäten sowie eine Sport- und Bewegungsinitiative.

Alexander Dierks, CDU, stellte sich gegen den Eindruck, man beginne erst jetzt damit, junge Menschen in den Blick zu nehmen. Dies habe man mit viel Kreativität, Nachsicht und Pragmatismus bereits in der Pandemie getan. Jetzt müssten neben den schulischen Defiziten auch die Erholungsmöglichkeiten in den Blick genommen werden. Dafür sei es gelungen, die Mittel für Kinder- und Jugenderholung sowie Jugendübernachtungsstätten, wie beispielsweise die Kieze, noch einmal deutlich zu erhöhen.



## Mehr Normalität

Lars Kuppi, AfD, forderte, auf die Wünsche der Kinder zu hören. Die angesprochene Sommerschule sei im Jahr 2020 nur auf schwache Nachfrage unter Sachsens Schülern gestoßen. Den BÜNDNISGRÜNEN ginge es ausschließlich darum, ihre Vereine zu fördern und so Schüler zu beeinflussen. Die Kinder hingegen würden sich wünschen, in ihre Schulen und Vereine zurückkehren zu können. Sie bräuchten ein geregeltes, durchgehendes Leben im ganzen Jahr.

Kinder und Jugendliche kämen in den Debatten und Entscheidungen bisher zu kurz,

konstatierte Anna Gorskih, DIE LINKE. Sie seien kaum zu Wort gekommen. Sie fühlten sich zu sehr auf ihre Rolle, beispielsweise als Schüler und Schülerin oder Studierende, reduziert. Während an vielen Bildungseinrichtungen seit über einem Jahr nichts laufe wie bisher, würde trotzdem erwartet, dass sie funktionierten und an ihrer Qualifikation arbeiteten.

## Sozialarbeit gefördert

Henning Homann, SPD, hob hervor, dass in der Krise viele engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der sozialen Arbeit einen wichtigen Beitrag geleistet hätten. Durch sie seien viele Familien unterstützt worden. Ihnen habe man mit den Sozialschutzpaketen I und II auf Bundesebene eine finanzielle Absicherung ermöglicht. Auch der Landeshaushalt leiste nun einen Beitrag für junge Menschen, um neu zu starten.

Alle Kinder sollten gleiche Chancen im Leben haben, fasste Sozialministerin Petra Köpping, SPD, zusammen. Daher müsse man für sie nach Corona Aktionsprogramme zum Aufholen und Erholen auflegen. Sie müssten eine Pause bekommen und endlich wieder Kind sein dürfen. Die Angebote der Kinder- und Jugenderholung könnten helfen, negative Folgen zu verarbeiten. Bereits im vergangenen Jahr habe man diese als eines der ersten Bundesländer organisiert.



// Jörg Kiesewetter, Timo Schreyer, Nico Brünler, Gerhard Liebscher, Henning Homann und Martin Dulig // Fotos: O. Killig

Dr. Daniel Thieme

31. Sitzung des Sächsischen Landtags

# Mehr Mitsprache in den Betrieben

Sachsen holt beim Anteil von Betriebsräten auf

// »Eine neue selbstbewusste Bewegung der ostdeutschen Beschäftigten: Gewerkschaften erkämpfen höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen in Sachsen« lautete der Titel der dritten Aktuellen Debatte in der 31. Sitzung des Sächsischen Landtags. Der Antrag ging von der SPD-Fraktion aus. //

## Lohngefälle besteht weiter

Die Massenarbeitslosigkeit der 1990er-Jahre wirke bis heute in den Köpfen fort, begann Henning Homann, SPD. In den letzten Jahren erlebe man jedoch ein neues Selbstbewusstsein der Beschäftigten in Ostdeutschland. Im Jahr 2020 habe es allein in der Nahrungsmittelindustrie über 80 Arbeitsniederlegungen gegeben. Es sei ein Erfolg, dass mittlerweile 36 Prozent der Beschäftigten von Betriebsräten vertreten würden. Bei den Löhnen klappe zwischen Ost und West noch immer eine Lücke.

Das Miteinander zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Zuge der Tarifautonomie habe Deutschland in der Krise gutgetan,

unterstrich Jörg Kiesewetter, CDU. Weiterhin gelte es nun, die Pandemie zu bewältigen und die Transformation der Arbeitswelt erfolgreich zu gestalten. Tarifverträge stellten dabei ein wichtiges Instrument der Fachkräftesicherung dar. Das gemeinsame Ziel aller Beteiligten müsse die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Sachsens sein.

## Flourierende Wirtschaft schaffen

Timo Schreyer, AfD, kritisierte, der Debatitentitel ginge an Realität und Gegenwart vorbei. Schließlich müsse sich gerade die Sozialdemokratie für die Beschneidung des Kündigungsschutzes oder den massiven Aufwuchs von Leiharbeit und Scheinselbstständigkeit verantworten. Vor allem anderen sorgten eine florierende Wirtschaft und vernünftige Rahmenverhältnisse dafür, dass höhere Löhne gezahlt und bessere Arbeitsbedingungen geschaffen würden.

Nico Brünler, DIE LINKE, bekundete, man spüre unter den Gewerkschaften ein Stück weit Aufbruchsstimmung. Die IG Metall habe unter anderem erreicht, dass VW Sachsen aufgelöst und eingegliedert werde. Damit würden für alle sächsischen Beschäftigten die glei-

chen Tarifbedingungen gelten wie anderswo im Volkswagenkonzern. Es gebe aber noch sehr viel zu tun, etwa in der Fleischindustrie oder im Einzel- und Großhandel.

## Tarifverträge binden Fachkräfte

Der Blick auf die Statistik zeige, so Gerhard Liebscher, BÜNDNISGRÜNE, dass in Ostdeutschland nur circa 30 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tariflich gebunden seien. Dabei lägen Tarifverträge nicht nur im Interesse der Beschäftigten, sondern sie erleichterten auch die Personalpolitik im Unternehmen und ermöglichten einen fairen Wettbewerb. Liebscher wies zudem darauf hin, dass der Tarifvertrag eine sächsische Errungenschaft sei.

Es sei richtig, dass Beschäftigte jetzt selbst handelten, so Arbeitsminister Martin Dulig, SPD. Für die eigenen Arbeitsbedingungen einzutreten, zähle zu den Grundrechten, ebenso die Gründung von Betriebs- und Personalräten. Versuche, dies zu blockieren, seien kriminell und müssten verhindert werden. Die Unternehmen stünden auch in Bezug auf ihre Standortentscheidungen in der Verantwortung.



LOBBY



Der Begriff Lobby kommt aus dem Englischen und bezeichnet den Vorraum vor dem Plenarsaal. Dort hielten sich in historischen Parlamenten Interessenvertreter auf, um Abgeordnete vor einer Abstimmung noch zu den Vor- und Nachteilen einer Entscheidung zu beraten.

Foto: S. Giersch

*Janina Wackernagel*

# Lobbyregister auf Landesebene?

Wunsch nach transparenten Regeln für Interessengruppen

// Im Bundestag wird schon seit Langem darüber diskutiert, ob und in welcher Form es ein Lobbyregister braucht. Nun beschäftigt sich auch der Sächsische Landtag mit diesem Thema. Parlamentarische Initiativen gibt es sowohl von der Fraktion DIE LINKE als auch von der AfD. //

Um auf den Gesetzgebungsprozess einzuwirken, schließen sich Einzelpersonen, Unternehmen oder Organisationen oftmals zu Interessengruppen zusammen. So ist es für sie leichter, ihre Wünsche gegenüber der Politik deutlich zu äußern. Diese Einflussnahme auf die Ausgestaltung von Gesetzen bezeichnet man als Lobbyarbeit.

Ob und in welchem Maße die Arbeit von Interessengruppen dokumentiert und veröffentlicht werden soll, darüber gibt es unterschiedliche Ansichten. Die AfD-Fraktion legte im Januar 2021 einen Gesetzentwurf vor, der die Einrichtung eines sächsischen Lobbyregisters mit einer Registrierungspflicht für Lobby-

isten und die Ausweisung einer »legislativen Fußspur« vorschlägt.

Der Innenausschuss führte in seiner Sitzung am 22. April 2021 eine Anhörung zu diesem Gesetzentwurf durch. Die Sachkundigen Timo Lange (Lobby-Control e.V.), Dominik Meier (Deutsche Gesellschaft für Politikberatung e.V.) und Prof. Dr. Christian Waldhoff (Humboldt-Universität Berlin) bewerteten den Vorschlag aus ihrer jeweiligen Sicht. Sie alle bemängelten, dass der vorgelegte Entwurf mit nur zwei Seiten äußerst knapp gehalten sei. Damit bleibe einiges unklar, beispielsweise, wo persönliche Interessen aufhörten und politische Interessen anfin-

gen. So müsste sich bereits ein Handwerksmeister registrieren, der lediglich einen Termin beim Abgeordneten seines Wahlkreises wahrnehme. Es sei nicht im Interesse eines lebendigen Parlaments, den normalen Austausch zwischen Abgeordneten und den Bürgerinnen und Bürgern auf diese Weise zu erschweren.

Anschließend gaben die Sachkundigen dem Innenausschuss verschiedene Anregungen zur Verbesserung des eingebrachten Gesetzentwurfs mit. Eine entsprechende Regelung sollte nicht nur die Personen auflisten, die in irgendeiner Weise am Gesetzgebungspro-

zess beteiligt waren. Sie könnte auch dazu verpflichtet, deren genaue Stellungnahmen oder die abgehaltenen Termine zu veröffentlichen. Zudem müssten Dritte ihre Auftraggeber benennen. Ebenso könnte transparent gemacht werden, welche Lobbygruppen staatlich finanziert würden. Bei allen vorgeschlagenen Maßnahmen müsse jedoch das freie Abgeordnetenmandat ausreichend starke Berücksichtigung finden.

Die Sachkundigen begrüßten prinzipiell das Ansinnen, mögliche Missstände im Lobbyismus durch transparente Regeln abzustellen. Im Austausch mit den Ausschussmitgliedern wurde aber ebenso klar betont, dass Lobbyismus nicht per se etwas Negatives sei. Interessen tragen in der Politik ganz wesentlich zur demokratischen Willensbildung bei. Sich einen Überblick über Anliegen und Standpunkte zu verschaffen, gehört zum Kerngeschäft von Abgeordneten.

ZUM NACHLESEN

Protokoll  
Öffentliche  
Anhörung



# LAUFENDE GESETZGEBUNG

TITEL   EINBRINGER	ERLÄUTERUNG	STATUS
Gesetz zur Schaffung eines Lobbyregisters (Lobbyregistergesetz – LobG), 7/4681   AfD	Der Gesetzentwurf sieht die Einführung eines verpflichtenden Registers vor, das die Einflussnahme von Lobbyisten transparent machen soll.	Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Inneres und Sport am 22. April 2021
Zweites Gesetz zur Änderung des Sächsischen Naturschutzgesetzes, 7/5936   DIE LINKE	Der Rückgang der Artenvielfalt und der Verlust von Lebensräumen soll mit dem Änderungsgesetz aufgehalten werden. Dabei sollen Gartenanlagen insektenfreundlich gestaltet und von Schotterflächen freigehalten werden.	1. Beratung am 21. Mai 2021; Überweisung an den Ausschuss für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft
Gesetz zur Neuordnung der Organisation von Studium, Ausbildung und Fortbildung der sächsischen Polizei, 7/6004   Staatsregierung	Auf die Hochschule der Sächsischen Polizei (FH) soll laut dem Entwurf zukünftig die gesamte zentrale Aus- und Fortbildung der sächsischen Polizei übertragen werden. Ihr obliegen dann auch die Auswahl- und Einstellungsverfahren beim Bachelorstudium und bei der Ausbildung.	Überweisung an den Innenausschuss am 8. April 2021
Gesetz zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über die gemeinsame Berufsvertretung der Psychologischen Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten, 7/6081   Staatsregierung	Der Entwurf des Gesetzes dient der Zustimmung und Ratifizierung des Ersten Änderungsstaatsvertrages durch den Sächsischen Landtag. Darin erfolgen die erforderlichen Aktualisierungen an die zwischenzeitlich reformierte Psychotherapeutenausbildung.	Überweisung an den Ausschuss für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt am 20. April 2021

## ABGESCHLOSSENE GESETZGEBUNG

TITEL   EINBRINGER	ERLÄUTERUNG	STATUS
Fünfzehntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes, 7/1891   CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	Die Abgeordnetenbezüge und Altersgelder erhöhen sich zum 1. April 2022 und orientieren sich dann an Richtergehältern (R2, Stufe 6). Auch die Aufwandsentschädigung und die Kostenpauschale steigen.	angenommen
Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Freistaates Sachsen für die Haushaltsjahre 2021 und 2022, 7/4900   Staatsregierung	Das Gesetz legt den Haushaltsplan für die Jahre 2021 und 2022 fest. Das Finanzvolumen liegt ungefähr auf Höhe der Vorjahre, macht aber die Aufnahme von Krediten notwendig.	angenommen
Gesetz begleitender Regelungen zum Doppelhaushalt 2021/2022, 7/4901   Staatsregierung	Das Gesetz schafft die rechtlichen Voraussetzungen dafür, dass der Doppelhaushalt 2021/2022 umgesetzt werden kann.	angenommen

Die Übersicht zur laufenden Gesetzgebung stellt alle Gesetzentwürfe dar, die bis zum 20. Mai 2021 neu in den Sächsischen Landtag eingebracht, beraten oder an die Ausschüsse überwiesen wurden. Unter »Abgeschlossene Gesetzgebung« sind angenommene oder abgelehnte Gesetzentwürfe aufgeführt.



# Erinnerungen an Verfassung und Parlamentsgeschichte

// Albrecht Freytag am Violoncello // Foto: T. Schlorke

// Am 29. Mai 2021 verlieh Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner die Sächsische Verfassungsmedaille an zwei Frauen und fünf Männer. In seiner Begrüßungsrede erinnerte er an die lange Verfassungstradition des Freistaates. Ein besonderes Kapitel sächsischer Geschichte beleuchtet der Landtagskurier auch in einer neuen Artikelserie über die Ministerpräsidenten zur Zeit der Weimarer Republik und ihr Verhältnis zum Landtag. //

Die Redaktion

Foto: R. Deutscher

# Gelebte Verfassungswerte

Landtagspräsident ehrt Frauen und Männer mit der Sächsischen Verfassungsmedaille

Im Großen Saal des Sächsischen Ständehauses, einem wichtigen Ort der Parlamentsgeschichte in Sachsen, verlieh Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler Ende Mai die Sächsische Verfassungsmedaille. In seiner Begrüßung erinnerte er daran, dass Sachsen auf seine Verfassungstradition stolz sein könne. Sie reiche bis in das Jahr 1831 zurück. Nach den einschneidenden Zäsuren des 20. Jahrhunderts stehe der Freistaat heute fest auf dem Fundament einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. »Dies verdanken wir vor allem jenen Menschen, die sich Verdienste um die Verfassungswirklichkeit in Sachsen erworben haben und den Text tagtäglich mit Leben erfüllen«, so Rößler. Der Land-

// Im Sächsischen Ständehaus erhielten am 29. Mai 2021 sieben Persönlichkeiten die Sächsische Verfassungsmedaille aus den Händen von Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler. Er würdigte damit ihr vorbildhaftes Engagement für die Werte und Ziele der Sächsischen Verfassung von 1992. //

tagspräsident wies zudem darauf hin, dass die heutige Verfassung ein wichtiger Kompass sei, um auch in stürmischen Zeiten Kurs zu halten. »Wenn sich jetzt, nach vielen Monaten der Krise, der Wind etwas legt, dann erkennt man, dass sich unser politisches System, unsere föderale Ordnung in dieser Krise bewährt haben. Der Kern unseres gesellschaftlichen Miteinanders ist nach wie vor intakt. Dort, wo Risse entstanden sind, sollten wir nicht zögern,

wieder aufeinander zuzugehen, weiter Verantwortung für das große Ganze zu übernehmen.«

## TRÄGERINNEN UND TRÄGER DER VERFASSUNGSMEDAILLE 2021

Der Mediziner und Klinikmanager **1 PROF. DR. MICHAEL ALBRECHT** erhält die Verfassungsmedaille für seine Verdienste um das sächsische Gesundheitswesen,

sein Engagement für die Hochschulmedizin und Vernetzung der medizinischen Forschung zum Wohl der Patienten. Albrecht prägt seit fast drei Jahrzehnten die Hochschulmedizin in Dresden, u. a. als Dekan der Medizinischen Fakultät an der TU Dresden und seit 2002 als Medizinischer Vorstand des Universitätsklinikums Carl Gustav Carus.

Die Architektin **2 STEFFI HAUPT** erhält die Verfassungsmedaille für ihr jahrzehntelanges Wirken zum Schutz der Denkmale und zum Erhalt zahlreicher kulturhistorisch wertvoller Bauten in Zwickau. Haupt war 45 Jahre lang im Denkmalschutz, zuletzt als Leiterin der Denkmalpflege der Stadt Zwickau, tätig.

1



2



3





Fotos: T. Schlorke

# mit langer Tradition



Der Unternehmer und langjährige Leiter eines Ingenieurbüros **3 PROF. DR. DIETER LANDGRAF-DIETZ** erhält die Verfassungsmedaille für sein ehrenamtliches Engagement für den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge in Sachsen. Landgraf-Dietz war von 1992 bis 2015 Mitglied im Landesvorstand Sachsen, davon vier Jahre als

Landesvorsitzender. Er hat sich insbesondere um die Kontakte des Volksbundes nach Russland sowie die Jugendarbeit verdient gemacht.

Als Landrat des Landkreises Zwickau erhält **4 DR. CHRISTOPH SCHEURER** die Verfassungsmedaille für sein inzwischen 30-jähriges politisches Wirken in der Region und seine Ver-

dienste um den fairen Finanzausgleich zwischen den Kommunen und dem Freistaat Sachsen. Der studierte Mathematiker ist seit 1991 Landrat, engagiert als Vorsitzender des Finanzausschusses des Sächsischen Landkreistages und gilt als einer der Architekten des Finanzausgleichssystems in Sachsen.

Die langjährige Geschäftsführerin des Staatsweingutes Schloss Wackerbarth **5 SONJA SCHILG** erhält die Verfassungsmedaille für ihre Verdienste um die sächsische Weinkulturlandschaft. Gemeinsam mit anderen Winzern der Region führte sie das Anbaugebiet Sachsen zu internationalem Ansehen. Als Beraterin im Tourismus unterstützte und begleitete sie wichtige Imagekampagnen des Freistaates. Die gebürtige Slowakin ist eine mitteleuropäische

Persönlichkeit sowie Vorbild weiblichen Unternehmertums. Der Diplomstaatswissenschaftler und ehemalige Landtagsvizepräsident **6 HORST WEHNER** erhält die Verfassungsmedaille für sein jahrzehntelanges, herausragendes Engagement für Menschen mit Behinderungen. Wehner hat sich in seinen haupt- und ehrenamtlichen Tätigkeiten stets für Inklusion und Barrierefreiheit eingesetzt, u. a. als Gründungsmitglied des Sozialverbandes VdK Sachsen sowie des Landesverbandes des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes.

Der Historiker **7 PROF. DR. GERALD WIEMERS** erhält die Verfassungsmedaille für seine Verdienste um die Erschließung, Erhaltung und Aufarbeitung des Archivgutes der Universität Leipzig und die damit verbundene Hochschulerneuerung nach 1990. Wiemers leitete von 1992 bis 2006 als Direktor das Archiv der Universität Leipzig.





Die Redaktion

Stadt richtet »Tag der Sachsen«  
im Jahr 2022 aus

// Gelände der Landesgartenschau 2019 // Fotos: Stadtverwaltung Frankenberg/Sa.

// Die Sachsen dürfen sich auf eine Neuauflage des größten Verbände- und Vereinsfestes im Freistaat freuen. Im kommenden Jahr findet wieder ein »Tag der Sachsen« statt, diesmal in Frankenberg. Die Stadt erhielt den Zuschlag für die Ausrichtung des traditionsreichen Festes auf einer außerordentlichen Sitzung des Kuratoriums »Tag der Sachsen« am 8. April 2021. //



Landtagspräsident Dr. Matthias Röbler, der auch Präsident des Kuratoriums »Tag der Sachsen« ist, zeigte sich sehr erfreut, dass es nach zwei Jahren pandemiebedingter Pause endlich zu einer Neuauflage des Landesfestes kommt. »Die Bewerbung der Stadt Frankenberg ist ein positives Signal des Aufbruchs an alle Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Verbände in Sachsen. Nach den vielen Monaten, in denen reguläre Vereinsarbeit

für viele nicht möglich war, braucht gerade das Ehrenamt wieder ein Podium, um sich und seine Arbeit zu zeigen.«

Der »Tag der Sachsen« wird seit 1992 ausgerichtet. Im kommenden Jahr findet er vom 9. bis 11. September statt. Im Mittelpunkt des Festes stehen an allen Tagen die sächsischen Vereine und Verbände. Sie präsentieren ihre Arbeit und informieren über heimatliches Brauchtum. Von vielfältigen Sportarten bis zur klassischen Musik, vom sozialen Engagement bis zum historischen Handwerk ist für Besucherinnen und Besucher aller Altersgruppen etwas dabei.

Der sprichwörtliche Pioniergeist, mit dem die Stadt Frankenberg für den »Tag der Sachsen« 2022 wirbt, war tatsächlich greifbar. Auf der Kuratoriumssitzung im Plenarsaal des Sächsischen Landtags stellte Bürgermeister Thomas Firmenich die ersten Planungen seiner Stadt für die Ausrichtung des sächsischen Volksfestes vor. Er wies darauf hin, dass Frankenberg über reichlich Erfahrung bei der Vorbereitung von Großveranstaltungen verfüge. Das habe man zuletzt bei der 8. Sächsischen Landesgartenschau im Jahr 2019 erfolgreich unter Beweis gestellt.

Die Bewerbung überzeugte und Frankenberg erhielt im

Anschluss den symbolischen Staffelstab überreicht. Fränki, das Stadtmaskottchen, durfte bei diesem großen Augenblick nicht fehlen.

// Übergabe des Staffelstabs im Plenarsaal // Foto: Landtag



[www.tds.sachsen.de](http://www.tds.sachsen.de)

# PARLAMENT DER SACHSEN

**Katja Ciesluk**

Seit nunmehr 20 Jahren begleitet der praktische Wochenplaner des Sächsischen Landtags Heranwachsende im Freistaat durch das Schuljahr und vermittelt Grundwissen über das Parlament und seine Abgeordneten. Es war also an der Zeit für eine optische und inhaltliche »Überholung«. Alle Beiträge wurden überarbeitet, übersichtlicher geordnet und in ein modernes Layout überführt. Wir sind gespannt, wie euch der neue Kalender gefällt. Sagt uns eure Meinung: Bis Dezember 2021 läuft dazu eine Online-Umfrage mit Gewinnspiel (siehe Kasten).

Foto: Landtag

## Mit dem Landtag durchs Schuljahr

Schülerkalender 2021/2022 ist erschienen

Neben der bewährten Erklärung parlamentarischer Begriffe von Aktueller Stunde bis Wahlkreis in den Wochenübersichten fasst der Kalender Grundwissen über die Arbeit und die Aufgaben des Sächsischen Landtags zusammen: Wie wird gewählt? Wer kommt ins Parlament? Und was machen Abgeordnete eigentlich? Antworten auf diese und noch viel mehr Fragen haben wir verständlich und kompakt aufbereitet.

Außerdem stellen wir euch neue Angebote des Parlaments (Digitale Live-Führungen, Virtueller Landtagskoffer, interaktive Ausstellung »Das Parlament der Sachsen«) vor und geben Tipps zu den Themen Verhalten in den sozialen Netzwerken, Datenschutz und Fake News.

»Es ist wichtig, dass ihr versteht, was im eigenen Land passiert«, appelliert Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler an Sachsens Schülerinnen und

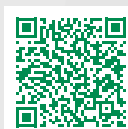
Schüler, sich über das Zeitgeschehen zu informieren. »Dann könnt ihr Position beziehen und euch einmischen, um das zu verteidigen, was euch am Herzen liegt.« Eine Menge Anregungen zu gesellschaftlichem und politischem Engagement finden sich in dem Wochenplaner.

Der Schülerkalender 2021/2022 ist geeignet für sächsische Schülerinnen und Schüler ab Klasse 7.

### UMFRAGE MIT GEWINNSPIEL

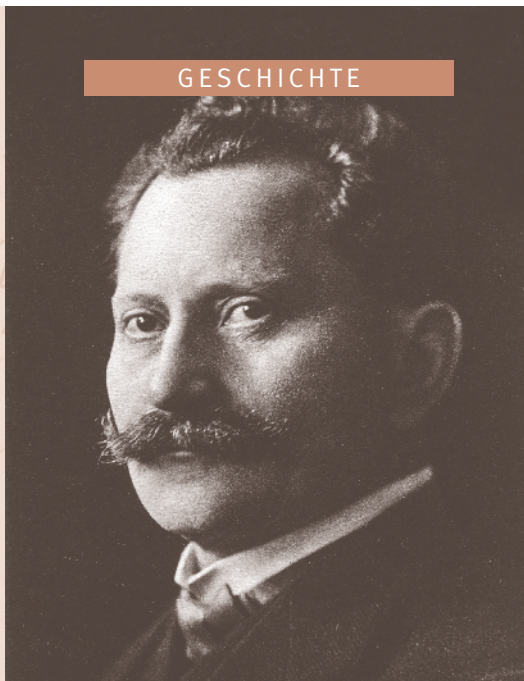
Eure Meinung ist gefragt. Was gefällt euch am Schülerkalender? Was könnte noch besser werden? Was fehlt euch? Nehmt euch ca. drei Minuten Zeit für unsere Online-Umfrage. Unter allen Teilnehmern verlosen wir drei JBL-Bluetooth-Lautsprecher.

[www.landtag.sachsen.de/schuelerkalender](http://www.landtag.sachsen.de/schuelerkalender)



**GLEICH HIER BESTELLEN!**  
[www.landtag.sachsen.de/publikationen](http://www.landtag.sachsen.de/publikationen)

// Regelmäßig stellt der Landtagskurier in dieser Rubrik Abgeordnete aus der Parlamentsgeschichte vor. Eine neue Artikelserie nimmt nun erstmals die Ministerpräsidenten zur Zeit der Weimarer Republik in den Blick, die teilweise ohne Landtagsmandat ihr Amt ausübten. Beleuchtet wird insbesondere ihr Verhältnis zum Landtag. //



// Dr. Georg Gradnauer, erster Ministerpräsident des Freistaates Sachsen //  
Foto: Museen der Stadt Dresden

Prof. Dr. Mike Schmeitzner

# Georg Gradnauer – Demokratielehrer ohne Mandat

Ministerpräsidenten und Landtag in der Zeit von 1919 bis 1933 (Teil 1)

Das Verhältnis zwischen dem ersten Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen, Georg Gradnauer, und der Sächsischen Volkskammer, wie der Landtag zuerst hieß, war 1919/20 gleich in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert: Die Volkskammer wählte einen Politiker, der nicht Mitglied der sächsischen Volksvertretung war; fast die komplette Dauer seiner Amtszeit als Ministerpräsident gehörte er überhaupt keinem Parlament an. Wie war diese Diskrepanz zu erklären? Gradnauers Wahl zum Ministerpräsidenten fand zudem auf keiner gesicherten parlamentarischen Grundlage statt. Seine Partei, die MSPD, war zwar am 2. Februar 1919 mit 42 Prozent deutlich stärkste Partei geworden, doch eine Koalition mit einer anderen Partei war nicht zustande gekommen. Gradnauer erhielt trotzdem eine Mehrheit der Stimmen und bildete am 14. März 1919 vorerst eine Minderheitsregierung. Gewiss hatte er sich einen Neubeginn auf

demokratischer Basis deutlich reibungsloser vorgestellt. Wo also lagen die Gründe für diesen mühsamen Neustart? Und welche Rolle spielte dabei dieser Ministerpräsident, der jetzt an der Spitze stand?

## Föderalist und Brückenbauer

Mit Gradnauer persönlich hatte der schwierige Neustart nichts zu tun – im Gegenteil. Der langjährige Dresdner Reichstagsabgeordnete, promovierte Staatsrechtler und sozialdemokratische Journalist galt auch als Brückenbauer ins liberale Bürgertum. Der am 15. November 1918 gebildeten Revolutionsregierung hatte er zuerst als Volksbeauftragter für Justiz und nach dem Auszug der USPD (Januar 1919) als Volksbeauftragter für Inneres angehört. Gleichzeitig hatte er in diesem Gremium den Vorsitz inne. Von daher war er für seine Partei auch der natürliche Kandidat

für das Amt des sächsischen Ministerpräsidenten.

Doch anders als seine Partei und die (spätere) Fraktion in der Sächsischen Volkskammer vertrat Gradnauer auch eigene markante Positionen, die ihn als Brückenbauer ins liberale Bürgertum befähigten. Im Gegensatz zu größeren Teilen der MSPD – und der USPD ohnehin – wollte er im Spätherbst 1918 an der sächsischen Eigenstaatlichkeit nicht rütteln. Gradnauer war ein selbstbewusster Föderalist, der einem unitarischen Einheitsstaat gegenüber skeptisch eingestellt war. Damit hatte er Berührungspunkte ins liberale und konservative Spektrum. Das galt genauso für seinen eher behutsam zu nennenden Weg einer angemessenen, aber nicht überstürzten Sozialisierung von Teilen der Wirtschaft. Als überzeugter parlamentarischer Demokrat plädierte er für den allmählichen Abbau der Arbeiter- und Soldatenräte und das alleinige Existenzrecht von Parlamenten, die von Personen

aller sozialen Schichten gewählt werden konnten.

Dass Gradnauer ohne Mandat in der Sächsischen Volkskammer blieb, hatte einen einzigen Grund: Wie schon seit 1893 kandidierte er auch im Januar 1919 für das nationale Parlament, das nunmehr Deutsche Nationalversammlung hieß. Im neu gebildeten Wahlkreis Dresden-Bautzen trat er als Spitzenkandidat der MSPD an. Ein Doppelmandat hatte er gar nicht erst angestrebt. Als er – wegen der Arbeitsbelastung als Ministerpräsident – im April 1919 sein Mandat in der Nationalversammlung niederlegte, war er plötzlich Regierungschef ohne Mandat.

## Demokratie ohne Wenn und Aber

Für das Amt des Ministerpräsidenten hatte er auch ohne Abgeordnetenmandat kandidieren können, denn nach dem Ende Februar 1919 verabschiedeten »vorläufigen Grundgesetz für



// Eröffnungssitzung der Sächsischen Volkskammer in Dresden // Foto: Illustrierte Zeitung Nr. 3951 (März 1919), S. 295 (Bestand Universität Leipzig)



Prof. Dr. Mike Schmeitzner

geboren 1968 in Dresden, studierte an der PH und TU Dresden Geschichte, Germanistik und Erziehungswissenschaften. Seit 1998 forscht er am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden zum Parlamentarismus im 19. und 20. Jahrhundert, zur Geschichte der SBZ und der frühen DDR sowie besonders zu Sachsen in der Weimarer Republik und unter den nachfolgenden beiden Diktaturen. // Foto: R. Ryter

den Freistaat Sachsen« musste ein Regierungsmitglied nicht zwingend sächsischer Abgeordneter sein. Im Ergebnis der sächsischen Wahlen wäre eine linke Koalition möglich gewesen – beide sozialdemokratische Fraktionen verfügten über ca. 60 Prozent der Stimmen und Mandate. Doch anders als in Wirtschaftsfragen, wo beide Fraktionen weitgehende Übereinstimmung erzielten, wollte die USPD auf das Mitregieren von Arbeiter- und Soldatenräten nicht verzichten. Vor diesem Hintergrund hätte Gradnauer schon im März 1919 gern ein Bündnis mit der zweitstärksten Kraft, den Linksliberalen, vollzogen. Doch hinderte ihn daran

die Mehrheit seiner eigenen Fraktion. So musste er im März 1919 eine Minderheitsregierung bilden. Ein halbes Jahr später konnte er sich mit seinem Wunsch dann durchsetzen.

In der Volkskammer zählte er von Beginn an zu den rühmlichsten »Aktivposten« der Demokratie. Als Vorsitzender des Rates der Volksbeauftragten hieß er am 25. Februar 1919 die Mitglieder der Kammer, vor allem aber die erstmals gewählten Frauen, willkommen. Durch die Revolution sei das »sächsische Volk frei und gleichberechtigt« geworden. Gradnauer war es auch, der das bereits erwähnte »vorläufige Grundgesetz für den Freistaat Sachsen« entscheidend mitgestaltete.

Auffällig ist, dass Gradnauer trotz seiner anfänglichen Doppelbelastung fast immer auf der Regierungsbank Platz nahm und damit rasch in Debatten eingreifen konnte. Nur in den Plenumswochen der Nationalversammlung war der Stuhl des Regierungschefs verwaist, weil er in dieser Zeit in Weimar, dem Tagungsort des Parlaments, anwesend sein musste. In seinen Regierungserklärungen und sonstigen Reden trat Gradnauer vor allem als Demokratielehrer des jungen Freistaates in Erscheinung: Diktaturbestrebungen aller Art erteilte er ein um das andere Mal eine klare Absage. Wobei er mit den Bestrebungen der USPD und der KPD, eine Diktatur des Proletariats zu errichten, besonders hart ins Gericht ging. Die parlamentarische Demokratie sei keine »bürgerliche Demokratie«, wie Diffamierungen von links immer wieder behaupteten, sondern eine »moderne Demokratie« auf der Grundlage eines allgemeinen und gleichen Wahlrechts, in der Kompromisse und Mehrheitsbeschlüsse zwingend notwendig seien. Das hohe Gut der Pressefreiheit hielt der langjährige Redakteur für besonders schützenswert.

Seine Auseinandersetzungen mit der radikalen Linken, die er

auch für zahlreiche Streiks und den Mord an seinem Ministerkollegen Gustav Neuring verantwortlich machte, verstellten ihm aber spätestens Ende 1919 den Blick für Gefahren von rechts. Eine mögliche Gegenrevolution bezeichnete er im Parlament als »Popanz«. Der Kapp-Lüttwitz-Putsch im März 1920 belehrte ihn dann eines Besseren. Nur vier Wochen später trat er – auch gesundheitlich angeschlagen – als Ministerpräsident zurück. Im Juni 1920 kandidierte er noch einmal erfolgreich als Abgeordneter für den Deutschen Reichstag, und 1921 wurde er sogar für mehrere Monate Reichsinnenminister. Danach amtierte er bis zu seinem Ruhestand 1932 als sächsischer Gesandter beim Reich. Als politischer Gegner der NSDAP, der überdies aus dem jüdischen Bildungsbürgertum stammte, war er im »Dritten Reich« gleich mehrfacher Verfolgung ausgesetzt. Das KZ Theresienstadt überlebte er nur knapp. Er starb 1946 zurückgezogen in Berlin.

Bis heute erinnert in Dresden nichts an den Begründer des Freistaates Sachsen – keine Straße, kein Platz. Sollte unserer Demokratie die Erinnerung an ihre Wurzeln nicht mehr wert sein?

## Vorläufiges Grundgesetz für den Freistaat Sachsen.

### 1. Die Volkskammer.

§1.

Das auf Grund des Landesvertrages vom 27. Dezember 1918 vereinbarte Volkstammesrecht wurde, folgend der Volksentscheidung vom 8. Oktober 1918, durch dieses Gesetz, und auf Grund der Verfassung des Landes, die jetzt auf dem Verfassungsentwurf, §1.

(1) Die Aufgaben der Volkskammer werden durch einen von der Volkskammer ernannten Präsidenten erfüllt.

(2) Die Volksbeauftragten können gegen die Forderungen der Wählerlisten und gegen die Forderungen der Wählerlisten die Volkskammer beschließen. Gegenüber der Volkskammer ist die Regierung verpflichtet, die Forderungen der Wählerlisten zu erfüllen.

(3) Die Aufgaben der Volkskammer sind die Volkskammer für die Verfassung vorzubereiten.

// Vorläufiges Grundgesetz für den Freistaat Sachsen vom 28. Februar 1919; // Quelle: Sächsisches Staatsarchiv, 10699 Neuere Urkunden, K. 613, Nr. 007.

## SERVICE

### Lutz Rathenow als Aufarbeitungsbeauftragter verabschiedet

Die Amtszeit von Lutz Rathenow als Sächsischer Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur endete am 30. April 2021. Aus diesem Anlass verabschiedete Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner den Schriftsteller vor geladenen Gästen im Ständehaus: »Lutz Rathenow hat sich in herausragender Weise um die Aufarbeitung des SED-Unrechts in Sachsen verdient gemacht. Dafür danke ich ihm auch im Namen der Abgeordneten und der Bürgerinnen und Bürger herzlich«. Als Rathenows Nachfolgerin wählte der Landtag bereits am 24. März Dr. Nancy Aris.



### Landtagsabgeordnete zeigen Wertschätzung für Polizisten

Vor dem Sächsischen Landtag nahmen am 7. Mai 2021 Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner sowie die innenpolitischen Sprecher der Regierungsfractionen eine Forderung der Polizeigewerkschaft Sachsen (GdP) nach Wertschätzung für die Polizei entgegen. Die GdP machte dabei besonders auf die schwierige Situation der Polizei aufmerksam. Seit über einem Jahr kämpften nicht nur Polizistinnen und Polizisten, sondern auch viele andere Berufsgruppen darum, ein halbwegs normales Leben in diesen Pandemiezeiten zu gewährleisten. An erster Stelle stehe bei jedem Handeln die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger.



[www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshml](http://www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshml)



[www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.cshml](http://www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.cshml)



Der Sächsische Landtag auf Twitter: [twitter.com/sax\\_lt](https://twitter.com/sax_lt) und auf Instagram: [instagram.com/sachsen\\_landtag](https://www.instagram.com/sachsen_landtag)

## Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

Weitere Plenarsitzungen sind vorgesehen am:  
23.06. – 24.06.2021  
21.07. – 22.07.2021  
29.09. – 30.09.2021  
18.11. – 19.11.2021  
21.12. – 22.12.2021

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream mit Untertitelung auf [www.landtag.sachsen.de](http://www.landtag.sachsen.de).

Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weiterhin werden die Aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regionalfernsehen ausgestrahlt.

Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen.



## Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

### Fractionen

CDU  
Tel. 0351 493-5601  
AfD  
Tel. 0351 493-4201  
DIE LINKE  
Tel. 0351 493-5800  
BÜNDNISGRÜNE  
Tel. 0351 493-4800  
SPD  
Tel. 0351 493-5700

### Besucherdienst

Der Sächsische Landtag ist für Besucher weiterhin geschlossen. Möglich sind jedoch digitale Führungen per Live-Video-Konferenz, auf Wunsch auch mit Abgeordnetengespräch.

Fragen dazu sowie zu bestehenden Reservierungen beantwortet Ihnen der Besucherdienst unter Telefon 0351 493 5132 oder [besucherdienst@slt.sachsen.de](mailto:besucherdienst@slt.sachsen.de)

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter [www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier](http://www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier).

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei.

### Publikationsbestellung und Leserbrief

SÄCHSISCHER LANDTAG  
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit,  
Protokoll, Besucherdienst  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden  
Tel. 0351 493-5133, [publikation@slt.sachsen.de](mailto:publikation@slt.sachsen.de)  
[www.landtag.sachsen.de](http://www.landtag.sachsen.de)

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

**Impressum** Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Röbner vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Dr. Daniel Thieme, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Dirk Förster, Heiner Ridder, Janina Wackernagel (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s.o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Tauscherstraße 44, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 29.05.2021

Gastautoren: Prof. Dr. Mike Schmeitzner (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden)  
Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten. Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.

Das im Landtagskurier genutzte generische Maskulinum meint stets alle Menschen, unabhängig vom ihrem Geschlecht. Die platzsparende Schreibweise dient ferner der besseren Lesbarkeit.